

## editorial

Mit 12. Mai 2000 hat der Vorsitzende des ULV der Universität Wien, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Martin Hitz, die Agenden des ULV-Vorsitzes der Universität Wien, in Abstimmung mit einem Beschluss einer erweiterten Vorstandssitzung des ULV der Universität Wien, auf meine Person übertragen.

Martin Hitz der einem Ruf der Universität Klagenfurt gefolgt ist, hat in seiner Amtszeit wesentliche Schritte gesetzt den ULV der Universität Wien auch in den „neuen Medien“ (eigene Homepage) und im Dachverband des ULV eine wichtige Position zukommen zu lassen. Dafür sei ihm hier besonders gedankt.

Ich werde in seinem Sinne den neuen medialen Herausforderungen Rechnung tragen und „unsere“ Homepage durch meinen Institutskollegen, *Herrn Univ.-Prof. Dr. Walter Jäger*, betreuen lassen.

Weiters wird mein Stellvertreter, *Herr Univ.-Ass. Dr. Michael Leopold Pretterklier*, Institut für Anatomie, in Zusammenarbeit mit dem neuen kooptierten ULV-Vorstandsmitglied, *Herrn Univ.-Ass. Dr. Günter Trettenhahn*, Institut für Physikalische Chemie, unsere Interessen im ULV-Dachverband wahrnehmen.

Die anderen Mitglieder des (erweiterten) Vorstandes, *Herr Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Weigel* (Sekretär), *Frau Univ.-Prof. Dr. Edith Specht* (Kassierin), die Rechnungsprüfer, die einzelnen Fakultätssprecher, die kooptierten und die beratenden Personen sind wichtige Garanten für eine effiziente Mischung an „alten Hasen“ und „neuen Gesichtern“ in einer erfolgreichen Arbeit des ULV an der Universität Wien.

Mein persönliches Anliegen für die Periode bis zur ordentlichen Mitgliederversammlung (Herbst 2000) wird es sein, möglichst **viele Kolleginnen** zu motivieren an den neuen Herausforderungen („Universität neu“) des Universitätslehrerverbandes der Universität Wien aktiv teilzuhaben, um ein breitgestreutes Spektrum an Meinungen zur Diskussion der anstehenden Universitätsproblematik zur Verfügung zu haben.

Leopold Jirovetz

Weitere Informationen zum ULV der Universität Wien können unserer Homepage: <http://www.ifs.univie.ac.at> (über: Allgemein-Volltextsuche-Local Server-ULV) entnommen werden.

## Der Vorstand des ULV, Stichtag 14.06.2000

*Mit den Agenden des Vorsitzenden betraut:*

**Mag.pharm.Dr.Leopold Jirovetz** (Institut für Pharmazeutische Chemie, Althanstraße 14, 1090 Wien), Tel.: 31336 8641, FAX: 31336 771, e-mail: jirovetz@speedy.pch.univie.ac.at

*Mit den Agenden des Stellvertretenden Vorsitzenden betraut:*

**Dr. Michael Leopold Pretterklieber** (Institut für Anatomie, Währinger Straße 13, 1090 Wien, Tel.: 4277 61156, FAX: 4277 61176

e-mail: michael.leopold.pretterklieber@univie.ac.at

*Sekretär:*

**ao.Univ.-Prof. Mag.Dr.Wolfgang Weigel** (Institut für Wirtschaftswissenschaften, Hohenstaufengasse 9, 1010 Wien) Tel.: 4277 37442, FAX: 4277 9374, e-mail:

wolfgang.weigel@univie.ac.at

*Kassierin:*

**ao.Univ.-Prof.Dr.Edith Specht** ( Institut für Alte Geschichte, Dr.Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien), Tel.: 4277 40550, FAX: 4277 9405, e-mail: edith.specht@univie.ac.at

*Vorstandsmitglieder aus den Fakultäten:*

Katholisch-Theologische Fakultät:

**Mag. Andrea Lehner-Hartmann** (Institut für Religionspädagogik und Katechetik, Maria Theresienstraße 3, 1090 Wien), Tel.: 4277 31402, FAX: 4277 9314,

e-mail: andrea.lehner-hartmann@univie.ac.at

Evangelisch-Theologische Fakultät: dzt. noch vakant

Rechtswissenschaftliche Fakultät: dzt. noch vakant

Medizinische Fakultät

**Ass.Prof.Dr.Ingwald Strasser** (Institut für Medizinische Physik, Währingerstraße 13, 1090 Wien) Tel.:4277 60725, FAX: 4277 9607, e-mail: Ingwald.Strasser@univie.ac.at

Geisteswissenschaftliche Fakultät

**Ass.-Prof.Dr.Hans Taeuber** (Institut für Alte Geschichte, Dr.Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien), Tel.: 4277 40531, FAX: 4277 9405, e-mail: hans.taeuber@univie.ac.at

Grund-und Integrativwissenschaftliche Fakultät

**Ao.Univ.-Prof.Dr.Reinhold Stipsits** (Institut für Erziehungswissenschaften, Garnisongasse 3, 1090 Wien), Tel.: 4277 48017, FAX: 4277 9480, e-mail:

Reinhold.Stipsits@univie.ac.at

Naturwissenschaftliche Fakultät

**Ass.-Prof.Dr.Harald Oelschlaeger** (Institut für Physikalische Chemie, Währingerstraße 42, 1090 Wien), Tel.: 31367 2515, FAX: 310 45 97, e-mail:

Harald.Oelschlaeger@univie.ac.at

*Weitere Mitglieder des Vorstandes*

**Ass.-Prof.i.R.Mag.Dr.Alfred Kosak**

**ao.Univ.-Prof.Dr.Heide Cross** (Institut für Allgemeine und Experimentelle Pathologie, Währinger Gürtel 18-20, 1090 Wien), Tel.: 40400 5123/5124, e-mail: Heide.Cross@akh-wien.ac.at

**Mag. Dr. Günter Trettenhahn** (Institut für Physikalische Chemie, Währinger Straße 42, 1090 Wien), Tel.: 4277 52463, FAX: 4277 9524, e-mail: gueter.trettenhahn@univie.ac.at,

*Rechnungsprüfer:*

**ao.Univ.-Prof.Dr.Friedrich Brein** (Institut für Klassische Archäologie, Franz Klein Gasse 1, 1180 Wien), Tel.: 4277 40620, FAX: 4277 9406, e-mail:

**ao.Univ.-Prof.Dr.Gisela Gerber** (Institut für Erziehungswissenschaften, Garnisongasse 15, 1090 Wien), Tel.: 408 84 33, FAX: , e-mail: Gisela.Gerber@univie.ac.at

*Ersatzrechnungsprüfer:*

**ao.Univ.-Prof.Dr.Christian Krattenthaler** (Institut für Mathematik, Sensengasse 8, 1090 Wien), Tel.: 407 63 63 5, FAX: 407 63 63 1, e-mail: christian.krattenthaler@univie.ac.at

## Die Lage? Ernst, Hoffnungslos, oder Beides

Es war lange befürchtet worden: Der Finanzminister kündigte in seiner Budgetrede die Quadratur des Kreises an: "Schule und Universitäten werden ihren Beitrag zum Sparziel der Bundesregierung leisten, ohne die Bewältigung von Zukunftsausgaben zu beeinträchtigen. Es ist unser Ziel (pluralis majestaticus?), das Funktionieren der Bildungseinrichtungen durch Effizienzsteigerung und strukturelle Weiterentwicklung sicherzustellen und weiter zu verbessern."

Und schon im nächsten Absatz konnte man zu hören bekommen: "Dienstrechtliche Reformen werden zu entwickeln sein. Die...Entwicklung der Universität in Richtung Vollrechtsfähigkeit ermöglicht zusätzlichen Gestaltungsspielraum und daher Effizienzsteigerungen."

In Zahlen ausgedrückt, ergibt sich dann das folgende bemerkenswerte Bild: Der Ausgabenbereich Forschung und Wissenschaft verliert von 1999 auf 2000 3,77 % (31 606 statt vorher 32 845 Mill. ATS), wohingegen die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts insgesamt um nur 0,798 % zurückgehen, nämlich von 787 610 auf 781 324 Mill.ATS. Spannend, ja geradezu magisch wird es aber, wenn innerhalb des Ausgabenbereiches Forschung und Wissenschaft für die Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen eine Steigerung von 15,65 %, nämlich von 17 584 auf 20 337 Mill.ATS notiert wird (*Alle Zahlen und Zitate aus: Budgetrede des Finanzministers und Übersichten und Graphiken zur Budgetrede, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, Wien, März 2000*). Die Spannung rührt vor allem daher, dass uns der Rektor unserer alma mater in einem mail vom 6.Juni ungeachtet der oben verbreiteten Zahlen vorrechnet, was uns alles abgezwickelt worden ist: In Summe bei den „Anlagen“ und „Aufwendungen“ rund 219,5 Mill.ATS, wozu noch Einschränkungen bei Umschichtungen in der Größenordnung von 23,6 Millionen kommen. Da wird der Gürtel in manchen Bereichen schon so eng zu ziehen sein, dass eine Wespentaillie resultiert – ob das schön ist? Funktionell ist es sicher nicht mehr!

Die Mittel für den Personalaufwand und jene für die Lehre erlauben es, den aktuellen Personalstand und die Lehrtätigkeit auf dem Vorjahresniveau zu halten. Veränderungen, die innerhalb des Hauses erlebt werden, sind auf Umschichtungen zurückzuführen. Ehe die von Rektor Winckler verbreiteten Zahlen weiter kommentiert werden, noch ein technischer Hinweis: Die Systematik, der die Budgetzuweisungen folgen, entspricht dem sogenannten „dekadisch nummerierten Ansatzplan“ der finanzwirtschaftlichen Gliederung des Bundeshaushaltes. Dieser Ansatzplan kennt „Gruppen“, da fallen wir (noch) unter Nummer 1 (Innenverwaltung), „Kapitel“, in unserem Fall Nummer 4, Titel, Paragraphen und schließlich „Unterteilungen“ (im Amtsjargon UT). Die Unterteilung ist für die Zwecksetzung des Ausgabenansatzes entscheidend. UT 0 entspricht den gesetzlichen Verpflichtungen für die Personalausgaben (gesetzliche Verpflichtungen deshalb, weil sich die Beschäftigten ja auf Rechtsnormen berufen können, allen voran das Gehaltsgesetz). UT 3 entspricht den Anlagen, also Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, kurz Investitionen und große Reparaturen, und zwar im Sinne von Ermessensausgaben, dh. ohne gesetzliche Fixierung des Zweckes und der Höhe nach (das wäre nämlich UT 2). In der UT 7 sind Aufwendungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen erfaßt, also jener Lehrtätigkeit, die<sup>4</sup> Ansprüche begründet, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig fixiert sind, dass keine

Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig fixiert sind, dass keine spätere Gestaltungsmöglichkeit im Budgetvollzug mehr besteht. Bleiben noch diejenigen Ausgaben, die Aufwendungen darstellten, die dem Ermessen der Uni unterliegen (wie zum Beispiel der Ankauf von Büchern). Diese sind in der UT 8 erfasst und betreffen, wie das Beispiel der Bücher sehr gut zeigt, weder Investitionen noch Förderungen (UT 4 bis UT 6, für uns hier von untergeordneter Bedeutung).

Ein Geheimnis (und durchaus Gegenstand spannender Vorlesungen) besteht in der geringen Flexibilität dieses Systems. Sachliche und zeitliche Genauigkeit entsprechen uralten „Budgetgrundsätzen“, die allerdings mit dem Aufkommen von „Globalbudgets“ ein wenig an Gewicht verlieren.

Was Rektor Winckler uns vermittelt, ist auf den ersten Blick jeweils eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute lautet (mit ein wenig Euphemismus), dass manche Bereiche noch einmal davon gekommen sind (Personal, Lehre). Aber das täuscht natürlich deshalb, weil es auch beim Erhalt des status quo bereits Lücken gibt, die den laufenden Betrieb dysfunktional machen, weil eben nicht immer eins durch ein anderes ersetzt werden kann, sondern vielmehr die Komponenten auf einander angewiesen sind: Das ist ein Umstand, den Flexibilitätsfetischisten leicht übersehen: „Substitutivität“ und „Komplementarität“ müssen sorgfältig auseinander gehalten werden, sind es aber in der Praxis nicht, was sich vor allem dann als hinderlich herausstellt, wenn eine vermeindliche Substitutionsbeziehung in Wahrheit eine Komplementaritätsbeziehung ist (oder: die Umschichtung von Mitteln von einer Grundlagenübung zu einem Seminar erweckt den Eindruck von Substitutivität, vom Abtausch des Einen durch das Andere; aber in Wahrheit steht und fällt die Qualität des Seminars mit dem Vorhandensein und der Qualität der Grundlagenübung, was beide zueinander komplementär macht, q.e.d.).

Was, um Himmels Willen, ist dann erst eine schlechte Nachricht? Na, die, dass viele Ausbau- und Erneuerungsvorhaben erst einmal zum Stillstand kommen. Und dass auch bei den „Gütern des täglichen Bedarfs“ erhebliche Engpässe auftreten werden.

Wir werden in der Kunst der Improvisationen geschult werden.

Wir können natürlich auch auf vermehrte Spenden hoffen (wobei allerdings nicht zu erwarten ist, dass sich das Mäzenatentum ausgerechnet in Sachspenden z.B. an Eprovetten und Overhead-Folien ausleben wird). Man kann darauf hoffen, dass mit erweiterter Autonomie alles besser wird: Aber davor sei gewarnt: Weder kann die Einrichtung auf längere Sicht auf Kredit leben, selbst wenn dieser dann leichter zu haben sein wird, noch wird sie alles und jedes, was sich vermarkten läßt, nur noch gegen Bares abgeben: Das wäre das Ende jenes Konzepts, auf dem der Betrieb heute aufbaut. Es wäre eine unfaire und kaltschnäuzige Lösung, die Uni einfach in die schöne neue Welt der Marktwirtschaft hineindriften zu lassen, aber man muß wohl auf der Hut sein, damit man davon nicht überrascht wird, meint, mit Rückblick auf des Finanzministers Rede und des Rektors e-gemailte Botschaft über die finanzielle Lage

Ihr

Wolfgang Weigel

## Über den Zaun gelugt

Studiengebühren: Sind sie gut oder schlecht für die Konkurrenzfähigkeit der Universität?

„...Nach jahrelangem Streit beschlossen die für die Hochschulen zuständigen Länderminister, dass ein Studium in Deutschland bis zum ersten Abschluss kostenlos bleiben soll. Gleichzeitig erlauben sie sich, Strafgebühren für Langzeitstudenten zu erheben. Wer länger studiert, als es die Regelstudienzeiten vorsehen, muss zahlen – wenn es die jeweilige Landesregierung denn möchte. Die Beitragsbefürworter haben es nun schriftlich, dass die Ressource Bildung zumindest dann etwas kosten darf, wenn man mit ihr verschwenderisch umgeht. Die Gegner feiern die Tatsache, dass „Gebühren vom ersten Semester an vom Tisch sind.“

Diese Tatsachenfeststellung kommentiert der Kolumnist der Wochenzeitung, Martin Spiewak, so:“ Bei soviel Siegern muß es einen Verlierer geben: den Hochschulstandort Deutschland. Wie schon bei der Reform des Dienstrechts für Professoren bleibt der große Wurf aus. In diesem Fall: ein Modell für Studiengebühren zu entwickeln, dessen Erträge direkt den Universitäten zugute kommen und das so den Wettbewerb zwischen den Hochschulen simuliert – ohne Studenten aus ärmeren Familien abzuschrecken. Vorbilder sind vorhanden. Man muß den Mut haben, sie einmal durchzurechnen, anstatt blind darauf zu beharren, Studiengebühren seien per se gut oder schlecht.“

Alle Zitate: DIE ZEIT, Nr.23 vom 31.Mai 2000, S.37

DIE ZEIT hat aber schon mehrfach das heisse Thema aufgegriffen: In Nr.22 vom 25.Mai 2000 titelt sie auf Seite 33 „Profitieren über Gebühr. Lange galten Studiengebühren als Tabu. Der Widerstand bröckelt – aus gutem Grund“. Ineressant am Artikel von Siewak ist, dass die Front von Gegnern und Befürwortern quer durch die politischen Lager gehe. Und die Umsetzung läßt beim großen Nachbarn nicht mehr auf sich warten. Unmittelbarer als bei uns gibt es in einzelnen Ländern bereits Gebühren für Zweitstudien oder Strafgebühren für Langzeitstudien (ab dem 13.Semester).

Was die Sache für die Reformdebatte und damit für UniversitätslehrerInnen interessant macht, ist die gedanklich Verknüpfung zwischen Effizienz, Autonomie und Gebührenpflicht. Der Markt läßt grüßen, auch wenn er zunächst nur einmal simuliert wird (Die UNI GmbH ist noch in weiter Ferne).

DIE ZEIT tut noch mehr: sie hat Modelle der Gebührenfinanzierung von Universitäten über <http://www.zeit.de/links/> zugänglich gemacht.

Wolfgang Weigel

## Darf's ein bißchen weniger sein?

Wie wichtig ist für Wissenschaftler die Teilnahme an Konferenzen, Tagungen, Symposien und Workshops? Welchen Stellenwert haben persönliche Gespräche und Diskussionen mit ausländischen Kollegen im Zeitalter des Internets? Zwei scheinbar rhetorische Fragen, deren erste jeder von uns sicherlich mit „sehr wichtig“ und auch deren zweite wir einen „hohen Stellenwert“ einräumen würden. Gerade das Sammeln von bisher noch nicht publizierten Wissens hat nicht nur entscheidenden Einfluss auf laufende und zukünftige Forschungsvorhaben, es stärkt auch Arbeitsgruppen und Abteilungen eines Institutes und stellt somit einen wichtigen Bestandteil der Aufgabenerfüllung der Universitätslehrer dar.

Offensichtlich mißt man im neuen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Präsentation eigener Daten im Ausland keinen sehr hohen Stellenwert zu, anders kann man sich sonst nicht erklären, dass Reisekostenzuschüsse seit Beginn dieses Jahres an allen Fakultäten restriktiver vergeben werden. Besonders dramatisch wirken sich diese Einsparungen an der Medizinischen Fakultät aus wo jedem Theoretischen Institut ATS 5.000.- pro wissenschaftlichem Mitarbeiter und jeder Klinik bzw. jedem Klinischen Institut ATS 4.000.- für berufsbezogene Reisen zur Verfügung stehen. Der etwas geringere Betrag für die Kliniken und Klinischen Instituten wird damit begründet, dass diesen auch Sondermitteln („Ambulanzgeldern“) als Reisekostenzuschüsse für Fortbildungszwecke zur Verfügung stehen.

Für KollegInnen, die über eigene Drittmittelkonten verfügen mag diese Kürzung zwar schmerzhaft, aber dennoch verkraftbar sein, viele junge Mitarbeiter hingegen wird es durch die Kürzung des Reisekostenbudgets schwieriger, sich mittels eines Posters oder Vortrages innerhalb der „Scientific Community“ zu profilieren. Natürlich steht es jedem frei, sich einen Kongressbesuch auch großteils selbst zu finanzieren und die Ausgaben im Rahmen der Werbungskosten beim zuständigen Finanzamt geltend zu machen. Nicht unwesentliche Beiträge für berufsbezogene Reisen wurden auch bisher schon von jedem Antragsteller selbst geleistet da Reisekostenzuschüsse maximal die Kongressgebühr und das Flug- bzw. Bahnticket abgelten. Die Schmerzgrenze für viele KollegInnen ist jedoch mit diesem neuerlichem Sparpaket deutlich überschritten. Wie hoch dürfen und sollen berufsbezogene Aufwendungen noch sein? Genügt es nicht, dass laut Mitteilung unseres Rektors die Fenster unserer Büro- und Laborräume aus Kostengründen nicht mehr geputzt werden können. Soll unsere Berufsgruppe vielleicht nur deswegen wieder bestraft werden, weil einige Politiker den Zusammenhang zwischen Forschung und internationaler Zusammenarbeit nicht kennen?

Walter Jäger